



Antrag

der Abgeordneten **Andreas Lotte, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Ilona Deckwerth, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Kathi Petersen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Margit Wild, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Klaus Adelt, Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos SPD**

**Gut leben in der Stadt VIII
Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten,
bedarfsgerechten Wohnungsbau ermöglichen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot in den bayerischen Ballungsgebieten deutlich zu verstärken, indem sie:

1. alle erforderlichen Maßnahmen für ein Sonderinvestitionsprogramm Ballungsräume ergreift, das die Schaffung von mindestens 20.000 staatlich geförderten Wohnungen pro Jahr ermöglicht,
2. ein Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz vorlegt, das insbesondere Regelungen zu treffen hat, mithilfe derer Hemmnisse und Hindernisse bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums abgebaut werden können (u.a. durch den Abbau bestehender Verfahrensbehinderungen bzw. von Bauhemmnissen auf landesrechtlicher Ebene, die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten von Kommunen bzw. kommunalen Unternehmen und privatrechtlichen Unternehmen in mehrheitlich kommunalem Eigentum zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums sowie die Erweiterung der Möglichkeiten und Handlungsansätze zur Baulandmobilisierung),
3. die Aktivitäten der staatlichen Wohnungsbauakteure in einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft bündelt, um die unterschiedlichen Bauaktivitäten zielgenau steuern und vorantreiben zu können und einen bedarfsgerechten Wohnungsbau zu gewährleisten.

Begründung:

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eines der drängendsten Probleme der bayerischen Ballungsgebiete. Dabei beschränkt sich die Wohnungsknappheit bei weitem nicht nur auf die Landeshauptstadt München. Zahlreiche bayerische Großstädte hatten in den vergangenen Jahren gar noch deutlich größere Mietpreisanstiege zu verzeichnen. Diese sind auch im bundesdeutschen Vergleich außergewöhnlich hoch: So liegen sechs der 15 deutschen Großstädte, die zwischen 2009 und 2014 die stärksten Mietpreisanstiege zu verzeichnen hatten, in Bayern (Ingolstadt, Fürth, Würzburg, Augsburg, Nürnberg und Regensburg). Und ein Ende ist nicht in Sicht: Die jüngste Wohnungsmarktprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung sagt für die bayerischen Metropolregionen steigende Wohnflächennachfragen von zum Teil über 10 Prozent bis 2030 voraus.

Die bisherigen Bemühungen der Staatsregierung, diese Problematik in den Griff zu bekommen, fallen demgegenüber noch immer allzu zögerlich aus. Und – schlimmer noch: Sie entfalten in vielen Fällen nicht die gewünschte Wirkung. So lässt sich gut ein Jahr nach Inkrafttreten des Wohnungspakts Bayern bedauerlicherweise feststellen, dass die ohnehin bereits sehr zurückhaltend formulierten Zielsetzungen zur stärkeren Förderung und Ankurbelung des Wohnungsbaus längst nicht erreicht werden konnten.

Es ist deshalb überfällig, dass die Staatsregierung ihre Anstrengungen zur Erhaltung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums deutlich verstärkt – sowohl finanziell als auch in Form inhaltlicher Maßnahmen. Neben einem Sonderinvestitionsprogramm Ballungsräume, welches vom Volumen her so angelegt sein sollte, dass es die Schaffung von mindestens 20.000 staatlich geförderten Wohnungen pro Jahr ermöglicht, braucht es hierfür ein Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz: Diesbezüglich kann sich die Staatsregierung an den Handlungsempfehlungen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen orientieren.

Zur zielgerichteten Steuerung der wohnungspolitischen Aktivitäten sind darüber hinaus die Aktivitäten der staatlichen Wohnungsbauakteure in einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft zu bündeln, die aus Landesmitteln finanziert wird. Diese könnte das offenkundige Marktversagen, das gerade in den bayerischen Großstädten zu beklagen ist, zumindest in Teilen korrigieren.

Demgegenüber hat der Freistaat mit der Halbierung der Landesmittel für das Jahr 2017 ein fatales wohnungspolitisches Signal gesetzt. Umso mehr ist die Staatsregierung deshalb aufgefordert, eine zügige Abkehr von dieser Linie zu vollziehen und die oben genannten Maßnahmen entsprechend aufzugreifen.